

Schlüchterner Erklärung zu Strukturmaßnahmen Steuerverwaltung Smart 1 und 2

(Stadthalle Schlüchtern am Montag, den 11.12.2017)

Die versammelten Personalräte und Gewerkschaftsvorstände der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Hessen, die die 10.800 Beschäftigten der hessischen Steuerverwaltung vertreten,

erklären, dass

- sie die Bestrebungen der Landesregierung zur Stärkung des ländlichen Raumes aus Überzeugung unterstützen. Dies haben wir bereits beim sogenannten Projekt SMART I (Strukturmaßnahme Steuerverwaltung) mit seinen vier Maßnahmen bewiesen.
- sie sinnvolle Veränderungen, die auch den Verwaltungs- und Beschäftigteninteressen dienen, stets mitgetragen und nach vorne gerichtet mitentwickelt haben. Dies beweist ein Blick in die Vergangenheit, wo wir Projekte wie die Neue Verwaltungssteuerung, die Neuordnung der Finanzämter Teil 1 und 2 und die Organisationsänderungen der Finanzämter Wiesbaden/Offenbach/Kassel eng begleitet und dazu beigetragen haben, dass sie geordnet verliefen.
- die bislang über Jahrzehnte bestehende kooperative Zusammenarbeit, die in der Landesverwaltung als beispielgebend galt, beim Projekt SMART II mit seinen neun Einzelmaßnahmen einseitig durch die Verwaltung -mit einem völlig überflüssigen „Kopf-durch-die-Wand“ Vorgehen- aufgekündigt wurde. Sowohl bei der Personalrätekonferenz (über 100 Personalräte) der DSTG Hessen in Hohenroda am 02.11.2017, als auch in der Sitzung des Bezirkspersonalrates am 07.11.2017 als auch in der Sitzung des Hauptpersonalrates am 08.11.2017 wurde von allen Beteiligten klargestellt, dass eine Zustimmung zu den vorliegenden Überlegungen der Abteilung I nicht in allen Punkten erfolgen kann. In diesen Veranstaltungen wurde auch deutlich, dass die zahlreich vorgetragenen Bedenken nicht die Meinung Einzelner darstellen, sondern in der Breite vorhanden sind. Aufgrund des unverständlichen Verhaltens der Verwaltung ist unsere Hoffnung, durch Kompromissbereitschaft für beide Seiten verträgliche Lösungen zu finden, inzwischen weitgehend auf den Null-Punkt gesunken.
- die Unsicherheit, die Angst, der Unmut, der Widerstand in der Kollegenschaft gegen Teile des Vorhabens von Tag zu Tag größer wird. Die Sinnhaftigkeit von Einzelprojekten überhaupt nicht erkennbar ist, weil diese Einzelprojekte permanent angepasst und die Argumente beliebig ausgetauscht werden.

- die zuständigen und zu beteiligenden Personalräte auf dem Postweg eine Power-Point-Präsentation erhalten haben, die auch an alle übrigen Beschäftigten versandt wurde. Die Personalräte wurden nicht, wie es das HPVG und die Geschäftsordnungen vorsehen, ordnungsgemäß eingebunden.
- die Angelegenheit aus unserer Sicht durch das Verhalten der Verwaltung unnötig eskaliert und dadurch das einstmals tiefe Vertrauen massiv beschädigt wurde.
- wir alle aufrichtig angelegten Überlegungen der Landesregierung zur Stärkung des ländlichen Raumes ausdrücklich unterstützen. Von daher haben wir einen äußerst modernen, konstruktiven Alternativvorschlag unterbreitet, der dieses Ziel umfassend fördert und damit gezeigt, dass wir absolut nicht gegen Veränderungen sind, sondern vielmehr zur aktiven Mitarbeit - wie auch stets in der Vergangenheit - bereit sind. Unseren Vorschlag hat man leider ohne Diskussion als „verantwortungslos“ abgetan.

erwarten, dass

- man sich mit dem Vorschlag freiwilliges „Arbeiten in der Heimat für die Stammbehörde in einer Außenstelle“ nach vorherigen Erhebungen ernsthaft befasst und ihn nicht unbesprochen als verantwortungslos abtut.
- schädliche und unnötige Eingriffe in die Zuständigkeiten der Finanzämter unterbleiben.
- ein Wettlauf zwischen den Finanzämtern um Ämtergrößen, Dienstposten und um Wertigkeiten unterbleibt und nicht noch zusätzlich durch die Verwaltung angeheizt wird.
- die Steuerfälle (Vorgänge) weiterhin unter einer einheitlichen Führung (Verantwortung) bearbeitet werden.
- die Kolleginnen und Kollegen Angehörige ihres Stammfinanzamtes bleiben und somit an allen (Personal-) Entwicklungen teilnehmen. Sie bearbeiten weiterhin (ihre) Fälle des Stammfinanzamtes, es ändert sich lediglich ihr Arbeitsort, und zwar zu ihren Gunsten. Es muss grundsätzlich niemand umgesetzt bzw. neu eingearbeitet werden.
- auf die Interessen, die im Ballungsraum der Beschäftigten, die im Ballungsraum wohnen und arbeiten ausreichend berücksichtigen (z.B. Wohnraum und/oder Wohngeld)
- die Probleme der „Pendlerinnen und Pendler“ unabhängig von der Laufbahn aufgegriffen werden. Der heimatnahe Standort der Außenstelle steht für eine Vielzahl von Arbeitsbereichen offen und wirkt dadurch umfassend für alle Kolleginnen und Kollegen der Region. Diese Lösung ermöglicht damit den größtmöglichen Transfer auch von hochdotierten Arbeitsplätzen, die dann auch für wesentlich mehr Kaufkraft im ländlichen Raum sorgen.
- ein unnötiges Durcheinander in den Finanzbehörden, das die Arbeitserledigung hemmt und die Mitarbeiterzufriedenheit negativ beeinträchtigt, unterbleibt. Die durchgeführte psychische Gefährdungsbeurteilung in den nord-/mittel- und osthessischen Finanzämtern belegt eindrucksvoll, dass die maßgeblichen Ampeln auf dunkelrot stehen.
- unnötige Zentralisierungen unterbleiben, da sie zu Monostrukturen führen, die man wegen ihrer erwiesenen Nachteile bewusst abgeschafft hatte. Kolleginnen und Kollegen würden dadurch wegen fehlender Veränderungsmöglichkeiten in andere Arbeitsbereiche unnötig

frustriert. Eine effektive Ausbildung der Anwärter/innen kann so nicht gewährleistet werden. Zudem ließen sich mit diesen Maßnahmen stets nur wenige, niedrig dotierte Arbeitsplätze in den ländlichen Raum verlagern. Hinzu kommt, dass der Schwerpunkt der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verlagerungen sich innerhalb der strukturschwachen Regionen abspielt. Es macht keinen Sinn strukturschwache Regionen dadurch stärken zu wollen, indem man andere strukturschwache Regionen weiter schwächt. Zudem würde es zu Unmut bei Bürgern und Steuerberatern wegen Kommunikationsbrüchen führen, da ein Fall nicht mehr in einer Hand wäre, vielmehr künftig mindestens zwei Finanzämter zuständig wären. Ferner ist eine Steigerung der Betrugsanfälligkeit zu erwarten, da es schwierig wird, bei einer so großen Anzahl von Bearbeitern in anderen Finanzämtern den Überblick zu behalten. Eine Ressourcenverschwendung ginge damit ebenfalls einher, da eingearbeitetes, erfahrenes, motiviertes und nicht versetzungsberaites Personal seine Aufgaben verlieren würde und neues Personal gewonnen und eingearbeitet werden müsste. Der ämterübergreifende Koordinierungsaufwand würde nachhaltig steigen.

- endlich wieder Sachlichkeit und Vernunft in die Debatte zurückkehren und wieder wertschätzend mit dem ernststen Willen zur Einigung gesprochen und auch danach gehandelt wird.

**WIR erwarten, dass diese „Schlüchterner-Erklärung“ -
120 Unterzeichner - politische Beachtung erfährt!!!**

